

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ethisch verantwortbare Vermögensanlage des Pensionsfonds sicherstellen

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Anlage von Geldern in den Versorgungsfonds für Brandenburgs Beamte an ethischen und ökologischen Kriterien auszurichten und sich von fragwürdigen Aktienfonds zu trennen. Hierfür ist ein Ethikbeirat einzurichten und die Anlagerichtlinien für den Versorgungsfonds des Landes Brandenburg sind so zu verändern, dass ökologisch und ethisch bedenkliche Anlagen ausgeschlossen sind. Als Orientierung könnten die Anlagerichtlinien für kommunale Finanzrücklagen der Stadt Münster oder der Ethikbank dienen.

Begründung:

Brandenburg bezeichnet sich in seiner Verfassung als ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, dem Frieden und der Gerechtigkeit, dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land. Auch wenn die Einflussmöglichkeiten Brandenburgs auf das Agieren internationaler Investmentfonds äußerst begrenzt sind, trägt das Land auch durch die Anlage öffentlicher Mittel in Millionenhöhe in gewinnversprechende Aktienfonds eine ethische Verantwortung. Die Anlagerichtlinien dieser Fonds sollten also entsprechende qualitative Vorgaben enthalten.

Derzeit werden im Versorgungsfonds für die Beamtinnen und Beamten des Landes insgesamt über 382 Mio. EUR verwaltet. Ziel dieses Fonds ist es, zukünftig einen Teil der dem Land entstehenden Versorgungsausgaben durch Einnahmen entsprechend gewinnbringend angelegter Gelder zu erwirtschaften. Diese ethisch verantwortungsvolle Anlagepolitik sollte analog auch im Versorgungswerk für die Mitglieder der Landtage Brandenburg und Nordrhein-Westfalen zum Tragen kommen.

Eine auch qualitative Vorgabe zur Anlage der Gelder ist auch unter wirtschaftlichen Aspekten sinnvoll. Auf Grund der aktuellen Klimadebatte überdenken viele Anleger derzeit ihre Strategie. Die Zahl der Investoren, die sich verpflichtet haben, ihre Gelder aus Firmen abzuziehen, die fossile Brennstoffe fördern oder vertreiben, hat jüngst stark zugenommen.

Die hier bestehenden Risiken für öffentliche und private Anleger begründen Finanzexperten mit der sogenannten Kohlenstoffblase. Zusammengenommen gehen die größten Öl- und Gaskonzerne in ihren Prognosen bis 2050 von deutlich höheren Umsätzen in der fossilen Energiegewinnung aus als bis dahin möglich sind, wenn

das globale 2° Grad-Ziel nicht völlig verfehlt werden soll. Kommen wirksame internationale Klimaschutzregeln zum Tragen, sind bei diesen Öl- und Gaskonzernen erhebliche Kursverluste zu erwarten.

Die Anlagerichtlinien des brandenburgischen Versorgungsfonds sollte deshalb um ethische und ökologische Kriterien ergänzt werden. Die öffentliche Hand sollte nicht mehr von Renditen profitieren, die auf Basis untragbarer Sozialstandards oder einer massiven Umweltzerstörung erzielt worden sind. Dies beinhaltet den Rückzug des Landes aus Unternehmen der fossilen Brennstoff- und Nuklearindustrie.

Ausgewählte Investments des brandenburgischen Versorgungsfonds derzeit sind u.a.:

2 Mio. EUR in die Eni S.p.A..

Eni S.p.A ist ein italienischer Erdöl- und Energiekonzern, der in den Bereichen Erdöl, Erdgas, Stromerzeugung, Petrochemie, Ingenieurwesen und Services auf Ölfeldern tätig ist. Wie viele andere Ölkonzerne auch, steht Eni S.p.A in der Kritik, den Umweltschutz und den Schutz des Lebensraums der lokalen Bevölkerung zu vernachlässigen.

2,5 Mio. Euro in die ČEZ.

ČEZ betreibt in Tschechien, Bulgarien, Rumänien, Polen und Deutschland Kohle-Wasser-, Wind- und Solarkraftwerke, z. T. mit lokalen Partnern. ČEZ betreibt u. a. das tschechische, von Kritikern als „Risikoreaktor“ bezeichnete, Atomkraftwerk Temelín und den ebenfalls durch niedrige Sicherheitsstandards geschützten tschechischen Reaktor Dukovany.

67 Mio. Euro in die BNP Paribas S. A.,

die größte Bank in der Eurozone und nach Angaben von Greenpeace weltweit die wichtigste Bank zur Finanzierung von Atomkraftwerken. In Frankreich, Russland und der Türkei steht die BNP Paribas daher im Zentrum von Anti-Atom-Protesten.

4 Mio. Euro in die Petrobras (Petróleo Brasileiro S.A.).

Petróleo Brasileiro S.A. ist ein halbstaatliches brasilianisches Mineralölunternehmen. Das brasilianische Bundesgericht verurteilte den halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras und die Umweltbehörde Ipaam im Juni 2015 zu einem Schadensersatz in Höhe von umgerechnet etwa 30.000 Euro. Grund waren eine vertuschte Bodenverseuchung sowie die Wasser- und Grundwasserverschmutzung mit Öl.

Axel Vogel

für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN